

Der Großteil der deutschen Medienlandschaft berichtet seit Ende November nahezu unverändert oberflächlich und erschreckend einseitig über die Lage in der Ukraine. Die Bilder gleichen sich. Junge Männer mit Helmen und Sturmhauben posieren vor einer Barrikade in der Kiewer Innenstadt. Die Berichte zu den Bildern bleiben ebenfalls austauschbar. Viele deutsche Journalisten begnügen sich damit, die Lage im Stadtzentrum zu schildern und den Forderungskatalog der Oppositionspolitiker vorzutragen. Darüber hinaus mangelt es dem hiesigen Qualitätsjournalismus zum Thema Ukraine jedoch an Inhalten, Erklärungen, Zusammenhängen – kurz an Recherche. Viele wichtige Fragen werden gar nicht erst gestellt. Nur an persönlichen Meinungen der Korrespondenten mangelt es selten. Von **Stefan Korinth**

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/140131_Ukraine_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Die Sympathie der Medienschaffenden ist klar verteilt. Das zeigt bereits die Wortwahl: Janukowitsch „droht“ seinem Volk oder er „peitscht“ Gesetze durch das Parlament. Für Angela Merkel und ihren Umgang mit der Koalitions-Mehrheit ein undenkbarer Begriff. Hat sich eine Bezeichnung unter den Journalisten einmal eingebürgert, steht sie fest. Janukowitschs bewaffnete Gegner in Flecktarn-Uniformen sind „Demonstranten“ oder „Aktivisten“. Vitali Klitschko ist oft „besorgt“ und „hat Angst“.

Die persönlichen Meinungen deutscher Korrespondenten in Kiew scheinen – entgegen jeglicher journalistischer Ideale – fester Bestandteil der Berichte zu sein. „Mein Bauchgefühl sagt mir, die Demonstranten bleiben heute Nacht ruhig“, prophezeite etwa Phoenix-Reporterin Britta Hilpert eines Abends. „Janukowitschs Angebot an die Opposition ist vergiftet“, wusste ntv-Mann Dirk Emmerich am 26. Januar zu deuten.

Alle Korrespondenten wohnen am Maidan

Viel Meinung, wenig Information – warum ist das so? Ein Erklärungsbaustein hierbei ist banal: Alle Korrespondenten wohnen direkt am Maidan Nesaleschnosti (Unabhängigkeitsplatz) – etwa im prestigeträchtigen Hotel „Ukraina“. Der Großteil der Live-Schalten erfolgt auf der Hotelterrasse mit dem Platz im Hintergrund. Die Korrespondenten sehen tagelang vor allem den Maidan voller Zelte und Demonstranten. Sie bewegen sich von

dort kaum weg. Ein bestimmter Eindruck entsteht und verfestigt sich.

Wenige Korrespondenten und viele Fotografen haben es immerhin fünf Minuten weiter zur Gruschewski-Straße vor das Dynamo-Stadion geschafft. Dort stehen seit Wochen die brennenden Barrikaden, die immer wieder bürgerkriegsähnliche Motive abgeben.

Doch das war es auch schon. Andere Teile der Hauptstadt oder des Landes werden von Journalisten so gut wie gar nicht aufgesucht. Die geringe Zahl von Reportagen aus dem Rest der Ukraine verweisen auf einen eklatanten Mangel an journalistischer Motivation. Nicht genug, dass erstürmte Gebietsverwaltungen nur vom Hörensagen bekannt sind. Auch Hintergrundberichte etwa über die soziale Situation oder Ansichten von Ukrainern außerhalb des Kiewer Stadtzentrums fehlen.

Reporter stehen sich in der Innenstadt auf den Füßen und bestätigen sich ihre Meinungen gegenseitig - einen differenzierten Blick auf die Stimmung im Land kann es so nicht geben.

Keine Analyse, wenig Recherche

Redaktionen hätten zudem die Pflicht, bestimmte Sachverhalte des derzeitigen Konfliktes inhaltlich zu erläutern. Das ginge vor allem mit Recherche. Doch seit Beginn der Berichterstattung gibt es hierbei nur wenige Fortschritte.

Ein Beispiel: Auslöser der Kiewer Demonstrationen war die präsidiale Weigerung das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterschreiben. Doch was beinhaltet der Vertrag eigentlich? Welche „Reformen“ verlangt die EU? Was wären die Folgen für das Land? Was leistet die EU dabei? Und was genau ist das russische Gegenangebot der Zollunion? Warum kann die Ukraine nicht beide Verträge unterzeichnen? Der deutsche Medienkonsument wird allein gelassen.

Wer weiß schon, wofür die Parteien stehen?

Das Parteiensystem der Ukraine ist gerade mal 22 Jahre alt und dementsprechend instabil und schnelllebig. Umso wichtiger zu erfahren, wofür die Parteien politisch eigentlich stehen. Auch hier besteht immer noch eine Menge Informationsbedarf. Die Medien haben diese Aufklärungsarbeit bislang konsequent unterlassen. Leser, Hörer und Zuschauer müssen mit der Unterteilung „pro-russisch“ und „pro-westlich“ zufrieden sein.

In deutschen Medien erläutern keine Politologen oder Osteuropaexperten, welches der Wahlbündnisse konservative, wirtschaftsliberale oder eher soziale Politik-Ziele verfolgt. Mehr als die Wikipedia-Lebensläufe der Führungsfiguren finden sich auch in den

„Hintergrundinformationen“ selten. Kein Experte erzählt beispielsweise davon, dass es in der Ukraine an fortschrittlichen linken Parteien mangelt.

Für die Einschätzung der Lage wäre es zudem gut zu wissen, welche wichtigen Gesetzesänderungen Janukowitschs „Partei der Regionen“ in den letzten Jahren vorgenommen und wer finanziell davon profitiert hat. Oder was eigentlich unter der „Orangenen Regierung“ passierte. Dass Vorgängerpräsident Juschtschenko 2010 mit einem Ergebnis von fünf Prozent abgewählt wurde. Oder woher Vitali Klitschkos junge Partei „Ukrainische demokratische Allianz für Reformen“ kommt. In Deutschland wissen die wenigsten, wie die Programmpunkte des früheren Boxers lauten. Dabei könnte die Konrad-Adenauer-Stiftung hierbei sogar Antworten in deutscher Sprache liefern. [1]

Faschisten kämpfen nicht für Europa

Derzeit arbeitet Klitschko mit der „Swoboda“ zusammen. Dass es sich hierbei um eine rechtsradikale Partei handelt, machten viele Medien erst in den letzten Tagen verdruckst bekannt. Noch weniger bekannt ist, dass Swoboda Verbindungen zu anderen neofaschistischen Gruppierungen in Europa wie der ungarischen Jobbik und der NPD hat. Parteichef Tjahnibok ist ein Antisemit – das Simon-Wiesenthal-Center gibt darüber gern Auskunft. [2] Swoboda-Anhänger verehren Stepan Bandera, einen Nazi-Kollaborateur und Mörder, als Nationalhelden. [3] Welche Historiker werden dazu interviewt?

Swoboda will die Ukraine zur Atommacht aufbauen. In ihrem Parteiprogramm [4] fordert sie, den Schusswaffenbesitz für alle „geistig gesunden“ Einheimischen zu legalisieren und „Ukrainophobie“ als Straftat einzuführen. [5] Swoboda ist gegen sexuelle und ethnische Vielfalt. Diese Partei kämpft ganz sicher nicht für die europäische Integration. Der Mediennutzer erfährt das aber nicht.

Erfahren hat er hingegen in so ziemlich jedem Medium, dass „Berkut“ auf Deutsch „Steinadler“ bedeutet. Tiefgründige Recherchen sehen anders aus.

„In Deutschland wäre der Minister sofort zurückgetreten“

Als ein Video von einem nackten und von Polizisten gedemütigten Verhafteten auftauchte, wusste phoenix-Korrespondentin Britta Hilpert am 25. Januar: „In Deutschland wäre der Innenminister bei so einem Fall sofort zurückgetreten.“ Vergleiche wie dieser mit den hiesigen Verhältnissen wären an anderer Stelle der Berichterstattung zur Einordnung für den Zuschauer ebenfalls hilfreich gewesen. Für Gesetze wie das Vermummungs- oder Bewaffnungsverbot bei Demonstrationen wurde Janukowitsch als Diktator bezeichnet, der

aus der Ukraine einen Polizeistaat mache. Das mag sein, doch in Deutschland und zahlreichen anderen EU-Staaten finden sich solche Gesetze ebenfalls. Verurteilt wird hierzulande kein Politiker dafür.

Nach den einmütigen medialen Reaktionen auf weit weniger Gewalt bei Demonstrationen hierzulande ist eines klar: Dieselben Korrespondenten würden die gleichen Taten von oppositionellen Straßenkämpfern in der Bundesrepublik völlig anders beurteilen als derzeit in der Ukraine. Zudem weiß jeder Journalist, dass die deutsche Polizei in so einem Fall auch „hart durchgreifen“ würde. Brennende Barrikaden, besetzte Ministerien und patrouillierende Nazi-Schläger im Berliner Regierungsviertel? Der deutsche Sicherheitsapparat würde sich das keinen Tag lang ansehen.

Massenverhaftungen und Anklagen wegen Landfriedensbruch und versuchtem Totschlag wären die Folge. Jeder Journalist weiß das. Doch keiner der Kiewer Korrespondenten spricht es aus. Das hier mit zweierlei Maß gemessen wird, ist offensichtlich und mit journalistischen Selbstansprüchen nicht zu vereinbaren. An dieser Stelle geht es auch nicht mehr nur um Qualitätsmängel - nein hier werden ethische Grundregeln verletzt.

Der Unterschied zwischen PR-Leuten und Journalisten ist, dass Letztere sich um Neutralität und Aufklärung bemühen. Von Kiew aus verbreiten deutsche Korrespondenten jedoch eine erkennbar einseitige Sichtweise und machen sich damit zum Handlanger politischer Interessen.

Wichtige Fragen werden nicht gestellt

Der einseitige Blick vieler deutscher Journalisten auf die Verfehlungen der Janukowitsch-Administration verhindert, dass sie weiteren Sachverhalten nachgehen. Ein Beispiel: Wenn Menschen für den Präsidenten auf die Straße gehen, wird zu Recht sofort und jedes Mal darüber informiert, dass sie aus anderen Landesteilen nach Kiew „gekartt“ wurden und Geld erhalten haben. [6] Bilder der Buskolonne werden gezeigt, O-Töne eingefangen, nachgehakt - journalistische Arbeit, wie sie sein sollte. Wer aber erfahren will, dass oppositionelle Demonstranten und militärisch organisierte Faschistengruppen wie die „UNA-UNSO“ [7] oder der „Narodna-Block“ ebenfalls mit Bussen absolut geplant und ja irgendwie auch finanziert aus den westlichen Regionen nach Kiew kommen, wird in deutschen Quellen kaum etwas finden. [8]

Wichtige Fragen etwa danach, wie sich gewalttätige Protestierer finanzieren und organisieren bleiben aus unerfindlichen Gründen ungeklärt. „Weiß Gott wo einer auf die Schnelle so viele Reifen herkriegt“, schrieb FAZ-Korrespondent Konrad Schuller über den

Nachschub von Autoreifen für brennende Barrikaden. [9] Schuller müsste der Frage mit eigenen Recherchen nachgehen, anstatt auf göttliche Eingebung zu hoffen. Die Verweise anderer Korrespondenten auf freiwillige Spenden allein sind wenig glaubwürdig. Schon gar nicht, wenn gleichzeitig Oligarchen wie etwa Petro Poroschenko die Revolte unterstützen. Er kündigte bspw. am 25. Januar auf der Maidan-Bühne an, alle durch Demonstranten angerichteten Schäden innerhalb eines Tages reparieren zu lassen.

Die Wahrheit geht bei gewalttätigen Konflikten meist als erste verloren. Dieses Wissen und das journalistische Neutralitätsgebot sollten für einen vorsichtigen Umgang mit Informationen in einer Situation wie derzeit in der Ukraine sorgen. Trotzdem werden Behauptungen der Janukowitsch-Gegner schnell übernommen und oft ohne Quellenangabe verbreitet. Im Gegensatz dazu ignorieren nahezu alle deutschen Medien Behauptungen der Gegenseite. Beispiele hierfür sind die Angaben zu Toten oder Verletzten. [10] Sowohl was Opferzahlen als auch Todesumstände angeht, gibt es unterschiedliche Angaben. Von dieser Widersprüchlichkeit erfährt der deutsche Medienkonsument jedoch wegen der einseitigen Vorauswahl nichts.

Immer die gleichen Interviewpartner

Ebenso einseitig erscheint die Auswahl der Gesprächspartner. O-Töne von ukrainischen Passanten gibt es fast nur von Demonstranten auf dem Maidan und von den Barrikaden. Was ist so schwierig daran, in einen anderen Stadtteil zu fahren und mit den Menschen dort zu sprechen? Große Märkte wie im Kiewer Bezirk Trojeschtschina und an den Metro-Stationen Petriwka oder Lisowa böten problemlos Gelegenheit hierfür. Auch andere Teile des Landes sind nicht tabu. Dass solche Reisen kein Ding der Unmöglichkeit sind, hat FAZ-Korrespondent Konrad Schuller gezeigt - wenn auch mit der erwartbaren Parteilichkeit. [11]

Wie oben bereits angedeutet, ist die Zahl der interviewten Experten vergleichsweise gering. Sehr problematisch ist erneut die einseitige Auswahl von Gesprächspartnern, die überwiegend selbst als Akteure mit eigenen Interessen in den Konflikt verstrickt sind. Dies sind etwa Vitali Klitschko, Jewgenija Timoschenko und Gabriele Baumann (Konrad-Adenauer-Stiftung).

Vor allem ist dies aber der CDU-Politiker Elmar Brok. Der EU-Parlamentarier wird fast täglich interviewt und dabei immer wieder als quasi-objektiver Fachmann vorgestellt. Dabei sind seine Ansichten erkennbar parteiisch und inhaltlich äußerst überschaubar. Unter anderem durfte er im ZDF und im Deutschlandfunk unwidersprochen Drohungen aussprechen und Behauptungen aufstellen, ohne diese belegen zu müssen. So verdächtigte

er etwa Wladimir Putin, dass dieser eine Art Sowjetunion wiedererrichten will. [12]

Am Ende geht es immer um Russland

Broks Äußerungen aber auch Aussagen von Korrespondenten bedienen auffällig und fortwährend anti-russische Ressentiments. Das standhafte Verweilen auch von Journalisten in Denkschemata des Kalten Krieges ist zwar in gewisser Weise mental beachtlich, aber nicht hilfreich. Bezeichnend sind Freud'sche Fehlleistungen von mehreren Zeitungen, die Mykola Asarow als „russischen Ministerpräsidenten“ bezeichneten oder von ZDF-Mann Klaus Kleber, der in einem Interview nach der Rolle der „Sowjetunion“ fragte. [13]

Vielen deutschen Medienschaffenden scheint eine Art russlandfeindlicher Interpretationsrahmen bei der Beurteilung eines außenpolitischen Sachverhalts von vornherein zugrunde zu liegen. Tagesspiegel-Kommentator Christoph von Marschall klärt seine Leser über diese deutsche Journalistenweisheit auf: „Russland ist kein ehrlicher Makler wie die EU“. [14]

Zuhäuf vorhandene negative Informationen über den vermeintlich pro-russischen Viktor Janukowitsch und seine Partei werden von deutschen Journalisten deswegen gern vervielfältigt. Ebenfalls vorhandene Informationen über die politische Opposition sind ihnen aber anscheinend peinlich. Sie passen eben nicht in das vorgestanzte Bild und untergraben so die Interpretationshoheit des Korrespondenten über Gut und Böse in diesem Land.

Journalistischer Selbstbetrug

Die mit der Ukraine befassten Journalisten waren über mehr als zwei Monate hinweg nicht in der Lage, sich einen größeren Überblick über die Situation im Land zu verschaffen. Bei den wenigen existierenden Reportagen und Info-Blöcken reproduzierten sie meist nur Oberflächlichkeiten. Schließlich gehen sie Informationen nur einseitig nach, spielen problematische Sachverhalte wohlwollend herunter oder verschweigen sie ganz. Eine an qualitativen Kriterien orientierte Berichterstattung – differenziert, tiefgründig und neutral – findet nicht statt. Der von seinen Machern viel besungene Qualitätsjournalismus versagt.

Zum Autor: Stefan Korinth (31) ist Sozialwissenschaftler und arbeitet als Freier Journalist in Hannover. Er ist mit einer Ukrainerin verheiratet und hat das osteuropäische Land seit 2007 mehrfach bereist.

[«1] Die CDU-nahe Stiftung unterstützte Vitali Klitschko bei der Gründung seiner Partei „UDAR“ massiv. [„Merkel kämpft für Klitschko“ bei SPON \(8. Dezember 2013\)](#)

[«2] [„Die zehn schlimmsten antisemitischen Beleidigungen 2012“ auf wiesenthal.com \(englisch\)](#)

[«3] Der Held der „Orangen Revolution“ Viktor Juschtschenko ernannte Bandera quasi als letzte Amtshandlung kurz vor der Präsidentschaftswahl 2010 noch zum „Helden der Ukraine“. Der neue Präsident Janukowitsch nahm diese Ehrung nach seinem Amtsantritt wieder zurück. Das EU-Parlament und die Bundesregierung warnten andere Parteien noch vor kurzem selbst davor, mit der Swoboda zu koalieren.

[«4] [Allukrainische Vereinigung Swoboda – „Programm zum Schutz der Ukrainer“ \(englisch\)](#)

[«5] In ihrem Programm fordert die Swoboda zudem, dass nur gebürtige Ukrainer Präsidenten des Landes werden dürfen – dazu jedoch mindestens die letzten 20 Jahre in der Ukraine gelebt haben. Auf Vitali Klitschko träfe beides nicht zu. Janukowitsch wurde von deutschen Medien für ein ähnliches Gesetz, das zehn Jahre Mindestaufenthalt vorsieht, gescholten. Ein anderer Programmpunkt der Swoboda fordert das Verbot der Adoption ukrainischer Kinder durch Ausländer. Der russische Präsident Putin wurde für das gleiche Gesetz in Russland von deutschen Medien ebenfalls kritisiert.

[«6] [„Ukraine: Massen für Janukowitsch auf der Straße“ bei heute.de \(14. Dezember 2013\)](#)

[«7] [„Demonstranten stürmen Polizeiquartier“ auf tagesschau.de \(26. Januar 2014\)](#)

[«8] Eine weichgezeichnete Reportage gibt es immerhin: [„Das Erwachen der Partisanen“ in FAZ.net \(9. Dezember 2013\)](#)

[«9] [„Dann nehmen sie Anlauf und werfen“ in FAZ.net \(25. Januar 2014\)](#)

[«10] Merkwürdig ist etwa, dass die Zahl verletzter Polizisten keine Rolle in den deutschen Medien spielt. Bei gewalttätigen Demonstrationen in Deutschland, ist diese Zahl in der Regel eine zentrale Information jeder Meldung. ([Die russische Agentur Ria Novosti spricht von rund 600 verletzten Polizisten.](#))

[«11] [„Gegen die Moskalen“ \(mit Video\) auf FAZ.net \(30. Januar 2014\)](#)

[«12] [„Brok: Weg nach Europa bleibt offen“ im Deutschlandfunk \(29. Januar 2014\)](#)

[«13] [heute journal bei zdf.de \(27. Januar 2014\)](#)

[«14] [„Auf nach Kiew“ bei tagesspiegel.de \(26. Januar 2014\)](#)